

Tobias Haas*

Die Lausitz im Strukturwandel

Der Kohleausstieg im Spannungsfeld zwischen autoritärem Populismus und progressiver Erneuerung

Zusammenfassung: Die Lausitz steht in den nächsten Jahrzehnten vor einer doppelten Herausforderung. Mit dem Kohleausstieg wird eine zentrale Industrie wegbrechen und bereits heute erfährt die sich zunehmend radikalisierende AfD in der Region große Zustimmung. Der Beitrag diskutiert auf der Basis von Interviewmaterial die ökonomischen, politischen und kulturellen Gründe für das Erstarken des autoritären Populismus in der Lausitz und die dem entgegenwirkenden Dynamiken einer progressiven Erneuerung.

Schlagwörter: Lausitz, Strukturwandel, Kohleausstieg, autoritärer Populismus, AfD, Demokratie

Lusatia in structural transformation

Coal phase-out in the area of conflict between authoritarian populism and progressive renewal

Abstract: Lusatia faces a double challenge in the coming decades. With the phasing-out of coal a central industry will disintegrate, while the increasingly radicalised right wing AfD (Alternative) party is already enjoying great approval in the region. On the basis of interviews, this article discusses the economic, political and cultural reasons for the rise of authoritarian populism in Lusatia and the counteracting dynamics of progressive renewal.

Keywords: Lusatia, structural transformation, coal phase-out, authoritarian populism, democracy, Alternative für Deutschland

* Tobias Haas ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für transformative Nachhaltigkeitsstudien (IASS) in Potsdam und an der FU Berlin. Er ist Mitglied der PROKLA-Redaktion.

1. Einleitung¹

Die Lausitz wird in den nächsten Jahrzehnten mit der Braunkohle eine wichtige Industrie und ein identitätsstiftendes Moment verlieren, zugleich erhält der autoritäre Populismus große Zustimmung. Bei den Landtagswahlen im September 2019 erreichte die Alternative für Deutschland (AfD) in Brandenburg 23,5 Prozent der Stimmen, in Sachsen sogar 27,5 Prozent. In der Lausitz, die vier Landkreise und die kreisfreie Stadt Cottbus in Brandenburg sowie die Landkreise Bautzen und Görlitz in Sachsen umfasst, erreichte die Partei um die 30 Prozent der Stimmen. Diese Wahlerfolge sind umso bedenklicher, als die AfD in den letzten Jahren unter der Ägide des sogenannten Flügels, angeführt von Björn Höcke und Andreas Kalbitz, eine zunehmende Radikalisierung durchlaufen hat (von Lucke 2019). Wie lassen sich die Wahlerfolge der rechtspopulistischen und zunehmend völkisch-autoritären AfD erklären? Was ist der Resonanzboden des Rechtspopulismus in der Lausitz und welche Erneuerungsprozesse laufen in der Lausitz ab, die sich dem entgegenstellen?

Es gibt im Hinblick auf die Bestimmungsfaktoren des Rechtspopulismus eine intensive Debatte mit sehr unterschiedlichen Erklärungsansätzen. Philipp Manow (2018) argumentiert, dass der Aufstieg des Rechtspopulismus in Deutschland primär eine rationale, ökonomischen Interessenlagen geschuldete Entwicklung sei. Diese werde vor allem von denjenigen getragen, welche die sozialen Sicherungssysteme und die Leistungen für Immigrant_innen finanzieren. Werner Patzelt (2015) wiederum hält eine Repräsentationslücke im politischen System durch die Modernisierung der CDU/CSU und die dadurch hervorgerufene politische Heimatlosigkeit des rechten Flügels für zentral. Wolfgang Merkel (2017) hingegen macht einen neuen *cleavage* aus, eine neue gesellschaftliche Spaltungslinie zwischen (neo-)liberalen Kosmopolit_innen auf der einen Seite und Kommunitarist_innen, die sich auf den nationalen Kontext beziehen, auf der anderen Seite. Er verortet den Grund für den Aufstieg der Rechten damit primär im kulturellen Bereich. Klaus Dörre u.a. (2018) und Dieter Sauer u.a. (2018) begeben sich auf eine arbeits-

1 Meinen Interviewpartner_innen danke ich für ihre spannenden Einblicke und die Zeit, die sie sich genommen haben. Für hilfreiche Kommentare zu früheren Fassungen des Beitrags danke ich Daniel Häfner, Jeremias Herberg, David Löw-Beer, Fabiola Rodríguez Garzón, Dorothea Schmidt, Jenny Simon und Felix Syrovatka, für redaktionelle Unterstützung Katharina Teubel. Der Beitrag entstand im Rahmen des Forschungsprojekts »Wissenschaftliche Unterstützung und Begleitung der Transformation in der Lausitz – Sozialer Strukturwandel und responsive Politikberatung«, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Kennzeichen: 03SF0561).

weltliche Spurensuche und argumentieren, dass die Prekarisierung und Arbeitsverdichtung auch die relativ gut abgesicherten Kernbelegschaften für rechtspopulistische Orientierungen empfänglich machen. Dennis Eversberg (2018) sieht das Erstarken des Rechtspopulismus demgegenüber eher als einen Ausdruck der Verteidigung einer imperialen Lebensweise, deren Widersprüche immer klarere Konturen annimmt. Alex Demirović (2018) begreift in Anlehnung an Stuart Hall den grassierenden autoritären Populismus als eine neue Phase des Neoliberalismus. Floris Biskamp (2019) argumentiert in eine ähnliche Richtung, nämlich, dass die ökonomischen und kulturellen Aspekte eng miteinander verzahnt sind. Dieter Rucht (2017) verweist schließlich auf die Bedeutung des politischen Systems als dritten Erklärungsfaktor neben der ökonomischen und kulturellen Dimension. Diese relativ offene Heuristik möchte ich in der folgenden Untersuchung der Lausitz aufnehmen und sie zugleich um eine räumliche Perspektive ergänzen (zur räumlichen Dimension des Rechtspopulismus siehe auch die Beiträge von Belina (2017) und Förtner u.a. (2019)).

Damit versuche ich, die zumeist recht abstrakten Erklärungsansätze empirisch zu fundieren, indem eine regionalspezifische Perspektive eingenommen wird. Die große Zustimmung zu rechten Deutungsmustern, so wird im Folgenden argumentiert, ist nicht zu erklären, ohne den Prozess der Peripherisierung der Lausitz zu berücksichtigen, der zugleich auf historische Tiefenstrukturen verweist. Zudem ist für populistische Argumentationsfiguren die Entgegensetzung des einfachen, rechtschaffenen Volkes gegen die korrupten Eliten zentral. Dieses Argumentationsmuster verschränkt sich in der Lausitz mit einer räumlichen Perspektive – denn bereits vor dem Erstarken der AfD war hier die Argumentationsfigur eines nach innen homogenisierenden »Wir«, das gegen die Übergriffe und Eingriffe von außen in die Belange der Lausitz gerichtet war, stark präsent. Diese Diagnose knüpft an die Befunde von Bose u.a. (2019) an, die in ihrer empirischen Untersuchung des Bewusstseins von LEAG-Mitarbeiter_innen² eine dreifache Abwertungserfahrung konstatieren: eine Abwertung im Zuge der Wende, eine Abwertung der Lausitz als Heimat und eine Abwertung der eigenen Berufstätigkeit aufgrund der Klimafolgen der Kohle. Mein Beitrag beruht auf sieben leitfadenbasierten Interviews, die ich im Juli 2019 mit Pfarrer_innen, (Ober-)Bürgermeistern und partei- beziehungsweise zivilgesellschaftlich engagierten Menschen in der Lausitz geführt habe. Alle Interviewpartner_innen leben seit vielen Jahren oder Jahrzehnten in der Lausitz, verfügen über ein fundiertes Wissen der

2 LEAG ist die gemeinsame Marke der Lausitz Energie Bergbau AG und der Lausitz Energie Kraftwerke AG.

Region und treten für eine progressive Erneuerung der Lausitz ein. Außerdem sind sie auf vielfältige Weise mit autoritären und rechtspopulistischen Orientierungen in ihrem Alltag konfrontiert³. Die Interviews wurden anonymisiert. Darüber hinaus fließen einige teilnehmende Beobachtungen ein, die im Rahmen diverser Exkursionen und Feldforschungsaufenthalte in der Lausitz gesammelt wurden.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Im nächsten Abschnitt (2.) wird die Lausitz bestimmt und der Prozess der Peripherisierung dieser Region historisch rekonstruiert. Daran anknüpfend sollen die ökonomischen, politischen und kulturellen Bestimmungsfaktoren des Rechtspopulismus in der Lausitz herausgearbeitet werden (3.). Im vierten Abschnitt werden die Erneuerungsprozesse in der Lausitz, die dem Rechtspopulismus entgegenwirken, skizziert und mit einem Fazit und Ausblick abgeschlossen (5.).

2. Die Lausitz – sozial-räumliche Peripherie

Durch die Auseinandersetzungen um den Kohleausstieg und die Wahlerfolge der AfD ist die Lausitz in den vergangenen Jahren stärker in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Während das Bild der Lausitz sehr stark mit dem Kohlebergbau verbunden ist, handelt es sich um eine vielschichtige und flächenmäßig sehr große Region, die sich von der Stadtgrenze Berlins bis nach Dresden in den Bundesländern Brandenburg und Sachsen erstreckt. Darüber hinaus gibt es einen polnischen Teil der Lausitz. Gewöhnlich wird zwischen der Niederlausitz und der Oberlausitz unterschieden, deren Grenzverlauf auf der Linie Hoyerswerda-Weißwasser liegt. Der Brandenburger Teil umfasst die Niederlausitz und den nördlichen Teil der Oberlausitz, während im Freistaat Sachsen die Oberlausitz lokalisiert ist. Die Oberlausitz erlebte während des im 14. Jahrhundert gegründeten Sechs-Städte-Bundes eine wirtschaftliche Blütezeit. Mit dem Friedensvertrag von 1815 wurde sie zwischen Preußen und Sachsen aufgeteilt und damit zur Peripherie der jeweiligen Großherzogtümer. Dennoch wurden weite Teile bereits im 19. Jahrhundert relativ stark industrialisiert. Insbesondere die Textilindustrie florierte. In den ländlichen Räumen im mittleren Teil der Lausitz basierte die Wirtschaftsstruktur hingegen vorwiegend auf der Forst- und später auch der Landwirtschaft. Diese Gegenden waren

3 Bei der Wahl der Interviewpartner_innen handelt es sich also nicht um eine repräsentative Auswahl. Vielmehr ging es mir darum, die Perspektiven und Einordnung von Personen zu erheben, die über ein großes alltagspraktisches Erfahrungswissen und ein großes Reflexionsvermögen als »progressive Lausitz-Intellektuelle« verfügen.

überwiegend sorbisch geprägt, einer slawischen Volksgruppe, die sich bereits im 6. Jahrhundert in der Lausitz niedergelassen hat. Auch hier wird, analog zur Einteilung der Lausitz, zwischen dem nieder- und dem obersorbischen Bereich unterschieden (Kunze 2001).

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Festlegung auf die Oder-Neiße-Grenze gehörte fortan ein Teil der Lausitz zu Polen. Viele Flüchtlinge aus den nun polnischen Gebieten siedelten sich in der Lausitz an, in der Hoffnung, bald wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können. Der Zuzug setzte sich weiter fort, als in der DDR im großen Stil der Kohlebergbau ausgeweitet wurde (bereits 1789 wurde in Lauchhammer begonnen, Kohle abzubauen). Der Abbau und die Verstromung der Kohle sowie die Veredelung zu Briketts war eine zentrale energetische Voraussetzung für die Industrialisierung der DDR. Neben dem Kohlebergbau expandierten auch zahlreiche andere Industriezweige, etwa die Glasindustrie in Weißwasser, die Chemieindustrie, die Textilindustrie oder der Maschinenbau (Greib u.a. 2019: 45ff.). Insofern wurde die Lausitz zu einer ländlich geprägten Industrieregion. Das enorme Bevölkerungswachstum ging mit einer zunehmenden Marginalisierung der sorbischen Bevölkerung und Kultur einher (Kunze 2001).

Nach der Wende wurde die Lausitz sehr stark deindustrialisiert, die meisten Betriebe durch die Treuhandanstalt verkauft oder direkt geschlossen. Die Lausitz erlebte einen massiven Rückgang der Bevölkerung. Insbesondere junge Erwachsene zog es nach Westdeutschland, mehr Frauen als Männer. Dies hängt auch damit zusammen, dass etwa die Textilindustrie, in der in der Mehrzahl Frauen erwerbstätig waren, nahezu komplett abgewickelt und analog dazu alternative Beschäftigungsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor nur begrenzt geschaffen wurden (Clemens 1993; Jacobsen/Winkler 2011). In Städten wie Weißwasser oder Hoyerswerda ging die Bevölkerungszahl um mehr als die Hälfte zurück. Zwar schwand auch in der Kohleindustrie die Zahl der Beschäftigten massiv, sie stabilisierte sich jedoch bei zirka 7.000 direkt Beschäftigten. Vor dem Hintergrund der vielen Umbrüche und Prozesse der Marginalisierung in der Lausitz erwies sich die Kohleindustrie, mit ihrem für die Region überdurchschnittlichen Lohnniveau, der zumindest vergleichsweise großen Anzahl an fortbestehenden Arbeitsplätzen und als wichtige Gewerbesteuerzahlerin als Stabilitätsanker. Dieser steht nun angesichts des anstehenden Kohleausstiegs zur Disposition. Es ist wenig verwunderlich, dass die AfD, die den anthropogenen Klimawandel negiert, gegen den Kohleausstieg agitiert und hier Protestpotenzial abschöpft (Götze 2019). Im Folgenden sollen die wesentlichen Bestimmungsfaktoren für die Erfolge der AfD beziehungsweise der gesellschaftliche Resonanzboden in der Lausitz analysiert werden.

3. Der Nährboden des autoritären Populismus

Der Erfolg der rechtspopulistischen Parteien und Deutungsmuster lässt sich nicht monokausal bestimmen oder in nur einer gesellschaftlichen Sphäre verorten. Vielmehr wird anknüpfend an Dieter Rucht (2017) ein Erklärungsansatz entwickelt, wonach sich der Nährboden über ökonomische Bestimmungsfaktoren, Entwicklungen im politischen System und im kulturellen Bereich konstituiert. Diese analytisch unterscheidbaren Dimensionen sind zugleich eng verflochten: »Ökonomie ist kulturell, Kultur ist ökonomisch« (Biskamp 2019).

In ökonomischer Hinsicht war für die relativ stark industrialisierte Lausitz in den 1990er Jahren eine massive Deindustrialisierung prägend. Die Textil- und Möbelindustrie wurde nahezu vollständig abgewickelt, die Glasindustrie sowie die chemische Industrie und der Maschinenbau erlitten erhebliche Einbußen. Gleiches gilt für die Kernbranche der Lausitz: die Kohleindustrie. Die umfassende Modernisierung oder Stilllegung der Anlagen sorgte für einen Beschäftigungsrückgang von zirka 80.000 im Jahr 1990 auf etwa 8.000 im Jahr 2000. Aktuell sind, wie erwähnt, noch zirka 7.000 Menschen direkt in der Braunkohle beschäftigt (Greib u.a. 2019: 29). Trotz der starken Deindustrialisierung gibt es in der Lausitz nach wie vor mehr als 80.000 Industriearbeitsplätze, die einen Anteil von knapp 30 Prozent der Bruttowertschöpfung in der Region ausmachen (Vallentin 2016). Damit ist die Lausitz für eine ländliche Region immer noch überdurchschnittlich industriell geprägt. Insofern mobilisiert das nahende Ende der Kohleindustrie Ängste, zumal die Kohleunternehmen auch nach der Wende häufig staatliche Aufgaben übernommen haben – etwa im infrastrukturellen Bereich:

»[...] erst Vattenfall [...] und jetzt die LEAG übernehmen [...] eine staatliche Funktion. Die sorgen dafür, dass die Sportplätze tiptop aussehen. Wenn man über diese Dörfer fährt, die sind wie geleckt. Die sehen sauber aus, die sehen schön aus, da sind Spielplätze, Jugendclubs zum Teil. Die Häuser sind alle saniert [...]. Die Leute haben auch Angst, wenn die Braunkohle weggeht. Wer saniert das dann oder wer hält das alles in Schuss? Wo soll die Wertschöpfung oder die Kraft herkommen, das zu erhalten? Sie haben gemerkt, dass der Staat, der macht das nicht nach den 1990ern. Der ist weggebrochen. Und wer hat hier wiederaufgebaut? Das war die Kohle. Wenn man dann den Leuten jetzt sagt, so, wir schalten jetzt die Kohle hier ab, dann fragen die sich, was haben wir denn dann noch?« (Interview 7)

Gleichwohl beschränkt sich die teilweise Übernahme staatlicher Funktionen durch die Kohleindustrie auf die unmittelbar von den Tagebauen betroffene

nen Gegenden und erstreckt sich keineswegs auf die gesamte Lausitz. Mit der partiellen Deindustrialisierung der Lausitz ging auch der Wegzug vorwiegend junger und gut qualifizierter Menschen einher, darunter überproportional viele Frauen. Damit war jedoch zugleich ein starker Braindrain verbunden, der das Innovationspotenzial und die Attraktivität der Region bis heute stark beeinträchtigt. Inzwischen besteht Grund zur Sorge, dass sich der Fachkräftemangel in der Region weiter verschärfen wird (Gabler 2016).

Darüber hinaus ist das Lohnniveau in den östlichen Bundesländern bis heute deutlich niedriger als in den westlichen. Im Hinblick auf den anstehenden Kohleausstieg wird vielfach darauf verwiesen, dass es sich bei den Kohlejobs um vergleichsweise gut bezahlte Industriearbeitsplätze einer überwiegend männlichen Belegschaft handelt. Deren Verlust würde für die Betroffenen bedeuten, dass diese, selbst wenn sie einen neuen Arbeitsplatz finden, mit Einkommensverlusten zu rechnen hätten und dies zu einem Kaufkraftverlust in der Region führen würde (Bose u.a. 2019: 99).

Bereits heute weist die Lausitz ein weit unterdurchschnittliches Einkommensniveau auf, wenn auch mit starken regionalen Unterschieden. Im Jahr 2016 lag das Pro-Kopf-Einkommen in den Lausitzer Landkreisen zwischen 60 Prozent und knapp 90 Prozent des Bundesdurchschnitts, zudem in vier Landkreisen seit 1995 immer unterhalb des Durchschnitts des jeweiligen Bundeslandes (Greib u.a. 2019).

Diese unterdurchschnittliche Wirtschaftskraft in Verbindung mit einem massiven Bevölkerungsrückgang und der staatlichen Austeritätspolitik führt dazu, dass die öffentliche Infrastruktur sehr stark zurückgebaut wurde. Dieser in vielen Regionen festzustellende Schwund ist auch in der Lausitz ein massives Problem, etwa im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung, die Verfügbarkeit von Schulen, Kindergärten oder den öffentlichen Verkehr.

Auch in politischer Hinsicht wirken die Erfahrungen der Wendezeit nach. Die Umsetzung der politischen und ökonomischen Integration der früheren DDR war ein vorwiegend von den politischen und ökonomischen Eliten der alten Bundesländer dominierter Prozess, der in der Arbeit der Treuhandanstalt seinen symbolkräftigsten Ausdruck fand. Die Treuhandanstalt war ein von der Exekutive eingesetztes Organ, um die ostdeutschen Betriebe zu veräußern oder abzuwickeln. Die Legitimationsstrategien der Arbeit der Treuhand waren stark von einer neoliberalen Stoßrichtung geprägt:

»Auf inhaltlicher Ebene verfochten sowohl Treuhandanstalt als auch die Bundesregierung an marktliberalen und teils staats skeptischen Grundsätzen ausgerichtete Deutungsmuster, die die von der Organisation durchgeführten Privatisierungen, Entlassungen und Schließungen mithilfe genuin betriebs-

wirtschaftlicher Argumente beziehungsweise Kennziffern zu erklären und als weitgehend »alternativlos« zu rechtfertigen suchten.« (Böick 2017: 22)

Partizipative Formate, in denen Ideen, Wünschen oder Visionen der ostdeutschen Bevölkerung Raum gegeben worden wäre, waren weder in der Arbeit der Treuhandanstalt noch in anderen Elementen des Prozesses der sogenannten Wiedervereinigung Bestandteil. Dies ist mit ein Grund dafür, dass sich in den ostdeutschen Bundesländern nur bedingt eine politische Debattenkultur und eine damit korrespondierende Zivilgesellschaft herausgebildet hat (Borstel 2012). Ein Interviewpartner hat diesen Befund in der Feststellung zugespitzt, es herrsche eine »große demokratische Unmündigkeit« in der Lausitz (Interview 1). Dies wird vielfach mit dem Erbe der DDR-Diktatur in Verbindung gebracht (Interviews 1, 2, 3).

Während sich diese Probleme generell für die ostdeutschen Bundesländer stellen, ist für die Lausitz wiederum die periphere Lage spezifisch, dass sie von den politischen Zentren der Macht abgeschieden ist. Im Zuge des Strukturwandels wird entsprechend immer wieder die Idee vorgebracht, Behörden oder Landesministerien in der Lausitz anzusiedeln. In der Landespolitik Brandenburgs und Sachsens ist darüber hinaus die Besonderheit zu vermerken, dass seit der Wende durchgängig dieselbe Partei die Regierungsgeschäfte führt (in Brandenburg die SPD, in Sachsen die CDU):

»[...] was nicht wirklich zuträglich war, ist sowohl in Sachsen als auch in Brandenburg seit der Wende die gleiche vorherrschende Partei in der Regierung. Die Leute haben es während der DDR-Zeit vierzig Jahre lang erlebt, es herrscht eine Partei. Und jetzt sind wir schon dreißig Jahre nach der Wende und sie merken, es herrscht eigentlich nur eine Partei.« (Interview 3)

Damit verbunden sind auch entsprechende Verkrustungen und Seilschaften sowie sehr lang anhaltende personelle Kontinuitäten, auch auf den unteren politischen Ebenen, die wiederum ebenfalls durch den starken Bevölkerungsrückgang beziehungsweise den Wegzug der jungen Menschen begünstigt werden (Interviews 1, 2, 3, 6). »Demokratie als Lebensform« (Negt 2010) hat sich in der Lausitz insofern bisher nur bedingt etablieren können.

Auch in kultureller Hinsicht wiegt der Wegzug der jungen Generation schwer. Für die notwendigen gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse nach dem Ende der DDR hätten die jungen Menschen nach Einschätzung einer Interviewpartnerin eine wichtige, vermittelnde Rolle für die älteren Generationen spielen können. Sie hätten diese bei den Wende-bedingten Umbrüchen unterstützen können. Zugleich zeigen die in die ostdeutschen Groß-

städte oder in den Westen gezogenen Kinder, ob bewusst oder unbewusst, den eigenen Eltern ihre »Rückständigkeit« auf:

»Wenn die Kinder dann aus Westdeutschland oder Dresden oder Leipzig nach Hause kommen [...] spiegeln sie ihren Eltern einfach dadurch, wie sie sind, wie sie leben und dass sie andere Wege gehen, dass sie diese Lebensform, die ihre Eltern mühevoll hochgehalten haben, so nicht leben wollen. Und das, glaube ich, führt unterbewusst zu einer großen Kränkung.« (Interview 3)

Das damit verbundene Gefühl der Abwertung führt jedoch nach Einschätzung der Interviewpartnerin nicht zu einer produktiven Auseinandersetzung mit den Ursachen der Abwertung. Vielmehr wird die »adressatenlose Wut« (Sauer u.a. 2018: 13) auf Flüchtlinge projiziert:

»Da ist es aber nicht so, dass sie sich dann fragen, »Was können wir vielleicht verändern?« oder »Was muss sich in unserer Region verändern?«. Dann wird eher auf die noch Schwächeren getreten. Dann ist es eben der Ausländer, der dann irgendwie daran schuld ist, weil sie das nicht auf ihre Kinder oder auf die Politik oder worauf auch immer beziehen können. Da ist es eben einer von außen, der sowieso hier nicht ist. Hier gibt es ja gar keinen. Also in Schleife hatten wir 2015 überhaupt gar keine Zuweisung, weil wir schon genug zu tun haben mit sozialen Spannungen wegen der Braunkohle. [...] Da funktioniert einfach das Sündenbockprinzip und das funktioniert sehr gut.«

Trotz der geringen Zahl an Bewohner_innen ohne deutschen Pass liefert auch die vielfältige Migrationsgeschichte der Lausitz einen Nährboden für den Rechtspopulismus. Der Bevölkerungszuwachs, der in den ersten Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs vorwiegend durch Vertriebene aus den vormals deutschen Ostgebieten gespeist wurde, hat nur sehr bedingt zu einem Zusammenleben der Alteingesessenen und den Neuansiedlern geführt. Exemplarisch dafür stehen die Entwicklungen in Hoyerswerda, einem industriellen Zentrum der DDR, das von gut 7.000 Einwohner_innen im Jahr 1950 auf mehr als 70.000 im Jahr 1981 anwuchs. Inzwischen ist die Bevölkerungszahl trotz Eingemeindungen auf 32.000 gesunken:

»Hier in Hoyerswerda hatten wir einmal ein fünfzigjähriges Jubiläum, bei dem die Alteingesessenen aus der Altstadt, Zugezogene aus der Neustadt und das sorbisch geprägte Umland miteinander ins Gespräch gebracht werden sollten. Als mein Amtskollege aus der Altstadt mich einmal besuchen musste, musste er sein Navi einschalten, weil er sich in der Neustadt nicht auskennt. Und

da wurde mir bewusst, die Altstädter haben diese Neustadt nicht angenommen. War bedingt, weil die Neustadt sagte, was will die Altstadt, das fällt alles einmal zusammen, wir sind die Stadt Hoyerswerda. [...] Jetzt ist es so, die Altstadt mit ihrem schönen Quartier blüht auf, ist attraktiv, in der Neustadt werden die Blöcke weggerissen, inzwischen ist es halbwegs bereinigt. Es gibt eine große Verunsicherung, was wird jetzt mit dieser Neustadt und dieser Identität und diesem Lebensgefühl?« (Interview 5)

Die Probleme des Zusammenlebens zeigten sich dann auch (wieder) im Zuge der Auseinandersetzungen im »Sommer der Migration« 2015. Zwar gibt es durchaus Unterstützungsstrukturen für die in den Städten angesiedelten Flüchtlinge, gleichwohl sind die gesellschaftlichen Ressourcen für einen interkulturellen Austausch sehr beschränkt. So verdeutlicht etwa ein Interviewpartner, dass auch die etablierten Institutionen, wie etwa die Kirche, es versäumen einen Dialog mit dem Islam vorzuleben:

»[...] ich erlebe, wenn wir nicht als die religiös Zuständigen uns dazu äußern, dann machen es andere, wie die AfD, die den Islam verteufeln nach Bausch und Bogen, weil wir ausfallen als die religiös Zuständigen. Nicht, dass wir Noten verteilen sollten, aber wir müssten vorleben, wie man mit anderen Religionen im Gespräch ist. Wenn wir es nicht vorleben können, wer soll es denn sonst schaffen. Ich kann es nicht der Politik überlassen, ich muss eine Bindung sein von der religiösen Orientierung her.« (Interview 5)

Darüber hinaus ging der Bevölkerungszuwachs mit einer Marginalisierung der sorbischen Bevölkerung, Kultur und Identität einher. Vielfach wurden auch in den Dörfern die sorbische Sprache und andere kulturelle Praktiken aufgegeben und als etwas Rückständiges betrachtet: »Hier wird Mehrsprachigkeit als etwas Veraltetes wahrgenommen, »Das brauchen wir nicht mehr«, und überhaupt, »Das Slawische ist nicht so wichtig und wertvoll« (Interview 3). Eine gegenläufige Tendenz vor dem Hintergrund der jahrhundertlangen Repressionen und Marginalisierungen des Sorbischen ist wiederum das starre Festhalten und das Ausschließen von nicht-sorbischen Einflüssen in einigen noch stark sorbisch geprägten Dörfern und Regionen (Interview 7).

Die starken Migrationsbewegungen, zunächst in die Lausitz, gingen zu DDR-Zeiten mit einer gesellschaftlichen Integration über die Arbeit und der Marginalisierung anderer identitätsstiftender Momente einher (der sorbischen Kultur, der Kirche und der Land- und Forstwirtschaft). In der DDR wurden vor allem die Kohlearbeiter relativ gut entlohnt und fanden im »Arbeiter- und Bauernstaat« darüber hinaus breite Anerkennung. So gibt eine

Interviewpartnerin die Erzählung ihres Großvaters, der Bergmann gewesen ist, wieder: »Wir haben die DDR aufgebaut. Wenn es die Kohle nicht gegeben hätte [...] wir haben die DDR beheizt und wegen uns hatte die Licht« (Interview 7). Insofern sind die Auseinandersetzungen um das absehbare Ende der Kohle von großer identitätspolitischer Bedeutung für die Lausitz. Denn die Kohleindustrie ist seit Jahrzehnten die Kernbranche der Lausitz und ermöglichte über die Lohnarbeit gesellschaftliche Integration und liefert einer verunsicherten Region Bedeutung, Orientierung und Selbstbewusstsein.

Vor diesem Hintergrund wird in der Lausitz sehr intensiv um die Zukunft der Kohle gerungen, in der ökonomische, politische und kulturelle Dimensionen ineinandergreifen. Der im Jahr 2011 durch Lausitzer Lokalpolitiker_innen gegründete Verein »Pro Lausitzer Braunkohle« ist das zentrale Sprachrohr der Kohlelobby, der die Diskurse in der Lausitz stark prägt⁴. Im Vorfeld der Aktion des Bündnisses *Ende Gelände* im Jahr 2016 verunglimpfte der Verein die Aktivist_innen als »Öko-Terroristen«, die sich in die Belange der Lausitz einmischten (Häfner u.a. 2016: 238). Dies spiegelt sich in der Wahrnehmung der Kohle-Gegner_innen durch die LEAG-Beschäftigten wieder (Bose u.a. 2019: 104f.). Aus dem Spektrum der Umweltbewegten gab es Äußerungen wie »Ob Nazis oder Kohle – Braun ist immer Scheiße« (zit. nach Bose u.a. 2019: 109), ein Slogan, der in der Hochphase der Auseinandersetzungen um den Hambacher Forst im Oktober 2018 aufkam, den die in der Braunkohle Beschäftigten als Kränkung erfahren müssen.

Doch die Stimmung in der Lausitz wurde maßgeblich vom Verein »Pro Lausitzer Braunkohle« angeheizt. So liefert die folgende Passage einer Pressemitteilung des Vereins exemplarisch eine Steilvorlage für rechte, verschwörungstheoretisch angehauchte Orientierungen: »Grüne Ideologen wollen die Lausitz abschaffen! Das politische Gezerre ums Braunkohle-Aus für die Lausitz zeigt immer deutlicher, wie stark grüne Ideologen ohne Zukunftsperspektive die Medien und die öffentliche Meinungsmache in unserem Land prägen.« (zit. nach Häfner u.a. 2016: 239f.). Bemerkenswert ist dabei nicht nur die Unterstellung, dass »grüne Ideologen« die Presse stark prägen, sondern auch, dass Braunkohle eine Zukunftsperspektive habe, die »grüne[n] Ideologen« hingegen keine.

Vor dem Hintergrund der rhetorischen Aufrüstung in der Lausitz, die sich etwa auch im kostenfrei ausliegenden Familienmagazin *Lausebande*⁵ immer

4 Der Verein erhält auch Zuwendungen vom Land Brandenburg. »Braunkohlefans in Brandenburg. Staatliche Förderung von Klimawandelleugnung«, <https://www.spiegel.de/> (4.12.2019).

5 Die *Lausebande* wird von der *zwei helden GmbH* aus Cottbus herausgegeben. Jens Taschenberger, der Geschäftsführer der GmbH, ist zugleich Pressesprecher des Vereins *Pro Lausitzer Braunkohle*.

wieder findet, ist es wenig überraschend, dass Bose u.a. (2019: 103) in ihrer Befragung der LEAG-Beschäftigten konstatieren:

»Insgesamt vermitteln die Befragten den Eindruck, als befänden sie sich in einer Wagenburg, die gegen vielfältige Attacken von außen verteidigt werden müsse. Im Inneren der Wagenburg herrschten weitgehend Einverständnis und Solidarität. Außen grassierten Unverständnis, Inkompetenz und Ignoranz. Der schwere Dienst an der Gesellschaft, den die Braunkohlebeschäftigten tagtäglich leisten, finde keine gesellschaftliche Wertschätzung. Das Gegenteil sei der Fall. Für alles nützliche Tun müsse man zusätzlich mit gesellschaftlicher Missachtung zahlen. Dieses Missverhältnis ist für die von uns befragten Arbeiter*innen und Angestellten nur schwer zu ertragen.«

Eine Auseinandersetzung mit der Frage, welche Perspektiven es für die Lausitz nach der Kohle geben könnte, fällt vor diesem Hintergrund extrem schwer. Auch die beiden Landesregierungen haben lange eisern an der Kohle festgehalten. Erst in jüngster Zeit, als sich abgezeichnet hat, dass es zu einem Kohleausstiegsbeschluss kommen wird und die beträchtlichen Gelder für den Strukturwandel im Rahmen der Kohlekommission beschlossen wurden, haben sie sich zaghaft für Debatten geöffnet, wie die Lausitz jenseits der Kohle aussehen könnte. Ein Interviewpartner aus Brandenburg hat das Dilemma folgendermaßen beschrieben:

»Die Landesregierung hat ja ihre Kommunikationsstrategie im Februar komplett umgestellt, nachdem sie die Milliardenzusage bekommen hatten, am Ende der Kommissionszeit. Da haben sie angefangen, das Ganze als Zukunftschance zu verkaufen, während sie vorher praktisch permanent den Untergang des Abendlandes beschworen haben. Also wenn der Kohleausstieg kommt, dann geht die Lausitz kaputt, so nach dem Motto. [...] Also die haben ja die Stimmung, die jetzt in der Lausitz ist, selber herbeigeführt. Wir haben seit 2007 die Kontroverse über neue Tagebaue mit der Landesregierung gehabt und immer wurde die Unverzichtbarkeit der Braunkohle von der Landesregierung betont. Auch da, wo sie es nicht gemusst hätte. Ich glaube, es gab viele Situationen, wo man auch mal hätte den Mund halten können, wenn man absehen kann, dass es vielleicht zu einem Ausstieg kommt. Aber das war immer Kohle-Lobbyismus pur und damit hat sich die Landesregierung praktisch selber diese Stimmung geschaffen, von der jetzt die AfD zum Teil profitiert.« (Interview 4)

Vor dem Hintergrund der ökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklungsdynamiken in der Lausitz, lässt diese sich als eine nicht nur räum-

lich, sondern auch sozial periphere Region beschreiben, die in sich durchaus heterogen ist und diverse Migrationsbewegungen erlebt hat. Autoritäre, rechtspopulistische Argumentationsfiguren, die stark mit einem abgrenzenden und homogenisierenden »Wir« sowie einem Festhalten an der Kohle verbunden sind, finden hier Anklang. Vor dem Hintergrund der Überalterung und der Strukturbrüche der 1990er Jahre gibt es eine gewisse Erschöpfung, die mit einer geringen Bereitschaft für Veränderungen korrespondiert. Die Verunsicherung und Frustration geht mit der Suche nach »externen« Sündenböcken einher, wobei sich einem Interviewpartner (Interview 5) zufolge drei unterscheiden lassen: Das ist zum einen der Wolf, zum zweiten sind es die Flüchtlinge und zum dritten sind es die Braunkohlekritiker_innen. Die AfD geriert sich als Verteidigerin gegen die vermeintlichen Invasionen des Wolfes wie der Flüchtlinge und wettetert gegen den Kohleausstieg sowie die dahinterstehende »grüne Ideologie«.

4. Die Erneuerungsansätze in der Lausitz

Vor dem Hintergrund der ökonomischen, politischen und kulturellen Abwertung und der Peripherisierung der Lausitz, die zu einem wesentlichen Teil von der AfD aufgegriffen und mit autoritären Deutungsmustern diskursiv verstärkt werden, stellt sich die Frage nach möglichen Gegenstrategien und Erneuerungspotenzialen in der Lausitz, die dem autoritären Populismus den Nährboden entziehen könnten. Darüber wurde auch im Rahmen der sogenannten Kohlekommission debattiert und einige Aspekte im Abschlussbericht festgehalten. Greib u.a. (2019: 45ff.) unterscheiden drei prominent diskutierte Narrative beziehungsweise Orientierungen im Hinblick auf die ökonomische Zukunft der Lausitz. Das erste knüpft unmittelbar an das bestehende Spezialisierungsprofil an und sieht die Lausitz als Energieregion. So bestehen Chancen im weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Vestas, der Weltmarktführer im Windanlagenbau, hat bereits eine Produktionsanlage in Lauchhammer. Darüber hinaus arbeitet die LEAG mit Siemens an der Etablierung von Batteriespeichern (Big Battery Lausitz). Am Standort Schwarze Pumpe soll ein Pilotprojekt zur Gewinnung von Wasserstoff entstehen. Die brandenburgische Wasserstoffstrategie formuliert dabei ambitionierte Ziele und will das Land zu einem Vorreiter in der Sektorkopplung machen, der Verknüpfung der auf Strom aus erneuerbaren Energiequellen basierenden Energie-, Verkehrs- und Wärmewende (ebd.: 45ff.).

Das zweite Narrativ sieht die »Lausitz als grüne Region der Seen« (ebd.: 47f.). Dabei wird neben der Weiterentwicklung des Spreewalds oder des Muskauer Faltenbogens die Aufwertung und Etablierung neuer touristischer Attraktio-

nen, wie der entstehende Cottbusser Ostsee und die wassersportliche Nutzung angedacht. Auch die sorbische Kultur soll verstärkt inwertgesetzt werden.

Das dritte Narrativ imaginiert die Lausitz als »innovative Industrie- und Dienstleistungsregion« (ebd.: 48f.). Dieses Narrativ ist am stärksten im Abschlussbericht der Kohlekommission akzentuiert und geht über die Vision der Energieregion hinaus. So werden etwa drei »Lausitzcluster« definiert: Mobilität, Bioökonomie und Ressourceneffizienz, Künstliche Intelligenz. Durch die Ansiedlung von Behörden und Forschungsinstitutionen sollen Innovationsprozesse angeschoben werden und sich Start-ups in der Lausitz ansiedeln.

Jenseits der großen Narrative existieren in der Lausitz zahlreiche Ideen und Ansätze, wie die ökonomische Entwicklung vorangetrieben werden kann und Perspektiven über das Zeitalter der Braunkohle hinaus entwickelt werden können. So verweist etwa eine Interviewpartnerin (Interview 7) auf die Notwendigkeit der Entwicklung von »Resilienzstrategien«, die im Sinne einer Kreislaufwirtschaft die bestehenden Potenziale in der Lausitz ausschöpfen und stärker auf eine kleinräumige Entwicklung verweisen. So wurden etwa im Dorf Nebelschütz in der Oberlausitz die subsistenz-basierte Landwirtschaft stark ausgebaut, mittels Permakulturansätzen »essbare Landschaften« geschaffen, gemeinschaftliche Viehhaltung im Dorf wieder etabliert sowie Flächen aufgekauft und an Biolandwirte verpachtet (Interview 2).

Darüber hinaus wird in der Lausitz verstärkt um junge Menschen geworben – die mittels diverser, meist auf städtischer Ebene angesiedelten, Rückkehrerinitiativen dazu bewogen werden sollen, sich in der Lausitz niederzulassen. Begünstigend hierfür ist, dass es in der Region zahlreiche offene Stellen gibt. Insofern haben sich für Rückkehrer_innen in den letzten Jahren die Prioritäten von der Frage des Arbeitsplatzes in Richtung der Verfügbarkeit von Kita-Plätzen und anderen Elementen der öffentlichen Infrastruktur verschoben. Zudem gibt es in der Lausitz Potenziale zur Gestaltung von Räumen, die in hoch verdichteten und unter massivem Inwertsetzungsdruck stehenden urbanen Zentren kaum vorhanden sind (Interview 6).

Auch in politischer Hinsicht gibt es durchaus Erneuerungsprozesse in der Lausitz. So wurde vom Zentrum *Dialog und Wandel* der evangelischen Kirche und dem Verein *Lausitzer Perspektiven* das Konzept eines *Fonds Zivilgesellschaft* entwickelt, der Mittel aus den Töpfen des Strukturwandels für die Entwicklung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen bereitstellen soll (Greib u.a. 2019: 59f.). Darüber hinaus scheinen sich zumindest in der sächsischen Landespolitik zaghafte Initiativen und Öffnungsprozesse hinsichtlich der Partizipation der Bevölkerung abzuzeichnen. Dies bildet sich etwa in der Einrichtung eines *Mitmachfonds* ab, in dessen Rahmen Initiativen Förderungen im Gesamtumfang von drei Millionen Euro bekommen. Darüber hinaus

haben sich zahlreiche eigene Wahlbündnisse und Vereinigungen in Abgrenzung zu den etablierten Parteien gebildet. Der Einschätzung eines Interviewpartners zufolge wirken sich die Etablierung von alternativen Wählervereinigungen dämpfend auf die Erfolge der AfD aus, wenn diese auch gegen die AfD kandidieren (Interview 6).

Zudem wurden auf kommunaler Ebene bereits vielfach neue Partizipationsformate entwickelt. So wurden in der Dorferneuerung von Nebelschütz diverse Zukunftswerkstätten durchgeführt und die Beschlüsse und Initiativen zur Erneuerung des Dorfes möglichst offen gestaltet. In Weißwasser experimentiert der Oberbürgermeister ebenfalls mit neuen Beteiligungsformaten. Dies geht unter anderem darauf zurück, dass insbesondere in den sozialen Medien massiv Gerüchte und Unwahrheiten verbreitet werden – ein weit verbreitetes Phänomen (Eisheuer 2019; Sauer u.a. 2018: 17f.), das sich auch in der Lausitz wiederfindet. Über die neuen Partizipationsformate und die Entwicklung von sozialen Räumen lassen sich neue Formen der Begegnung und des Zusammenlebens entwickeln (Interview 6). Darüber hinaus besteht die Chance, dass durch die Anwerbung junger Menschen, ob Rückkehrer_innen oder Neu-Lausitzer_innen, diese eine vermittelnde Funktion wahrnehmen können und zur Modernisierung der Lausitz beitragen (Gabler u.a. 2016).

Insofern gibt es in der Lausitz durchaus Ideen und Prozesse der ökonomischen und politischen Erneuerung, die auch auf die Herausbildung einer Identität jenseits des Zeitalters der Kohle und der Dominanz industrieller Großstrukturen abzielen. Neben ökonomischen Inwertsetzungsstrategien besteht das Potenzial, die sorbische Identität zu erneuern und stärker eine Brückenfunktion nach Osteuropa zu entwickeln:

»Ich würde das transformierte Rückbesinnung nennen. Das heißt, ein Stück weit ›back to the roots‹, also wo ist eigentlich unsere prägende Identität der letzten Jahrhunderte und nicht nur der letzten paar Jahrzehnte? Also da wieder Kraft zu schöpfen aus dieser jahrhundertelangen zweisprachigen Tradition. Das bedeutet aber nicht, dass wir jetzt zurückgehen in das 19. Jahrhundert und uns alle wieder die Trachten anziehen, so wie die Dirndl in Bayern oder so, aber versuchen, eine neue moderne Deutung zu finden, die auch heutzutage verbunden ist mit ökologischen Aspekten, mit alternativer Bildung, mit Kontakten ins gesamte europäische Ausland [...] eben, dass man sagt, ›Wir sind hier die Brücke zu Osteuropa‹. Für viele Leute ist ja die Lausitz am Ende von Deutschland an einer großen Grenze. Dahinter kommt irgendwie nichts mehr. Für mich aber, als Sorbin, sehe ich mich total im Zentrum von Europa, weil hier für mich ja die ganze slawische Welt erst beginnt, in der ich mich auch ohne Probleme verständigen kann.« (Interview 3)

Eine andere Interviewpartnerin (Interview 7) verwies auf die Notwendigkeit, dass sich über die Etablierung stärker regional ausgerichteter Ökonomien eine positive Identität herausbilden könne. Die Orientierung auf gleichwertige Lebensverhältnisse könnte die Wahrnehmung korrigieren, die die eigene Identität nur als defizitär konnotierte reproduziert. Gleichwohl sind die Erneuerungsprozesse in der Lausitz fragil, in ökonomischer Hinsicht etwa wenn es zu einer neuerlichen Rezession kommen sollte, in politischer und kultureller Hinsicht, hinsichtlich der starken rechtspopulistischen und teilweise rechtsextremen Manifestationen in der Lausitz, die jeder progressiven Erneuerungsbewegung entgegenstehen.

5. Zwischen Kontinuität und Wandel – die Perspektiven der Lausitz

Bei der Lausitz handelt es sich um eine in vielfacher Hinsicht verunsicherte Region mit einer fragilen Identität. Diese geht auf unterschiedliche Migrationswellen, eine nur partiell gelungene Demokratisierung nach der Wende und auf Peripherisierungsprozesse zurück. Gleichwohl lässt sich in den letzten Jahren eine gewisse Stabilisierung der Region ausmachen. Die Erwerbslosigkeit ist deutlich zurückgegangen; es gibt einen wachsenden Arbeitskräftebedarf und erste Rückkehrerinitiativen und andere Formen der Vernetzung junger Menschen. Darüber hinaus entwickeln sich neue, kleinteilige Formen der Produktion in Abgrenzung zu großindustriellen Strukturen.

Gleichwohl sind die Strukturen in der Lausitz vielfach verhärtet. Exemplarisch lässt sich dies an der Debatte um den Kohleausstieg und den Aussagen des Vereins *Pro Lausitzer Braunkohle* festmachen, aber auch in den Auseinandersetzungen um die Erneuerungsprozesse. Die mit der Migration verbunden Chancen konnten in der Lausitz nur begrenzt genutzt werden: So verweist eine Interviewpartnerin (Interview 3) auf die momentane Überlastung der Handwerker und die nicht vorhandene Fähigkeit, Flüchtlinge in die Betriebe zu integrieren: »Dass sie eventuell durch Zuwanderer neue Lehrlinge bekommen könnten [...], diese Erkenntnis ist einfach noch nicht da.« Dies verweist auch auf die in zukünftigen Forschungsarbeiten zu klärende Frage, wie sich der Rassismus in der Lausitz konstituiert, erneuert und mit Abwertungserfahrungen artikuliert. Denn die in diesem Beitrag diskutierten Erklärungsansätze für den Nährboden rechter, autoritärer Orientierungen leiten Fremdenfeindlichkeit primär als Phänomen von Frustration ab (kritisch dazu: Dowling u.a. 2017). Allerdings gibt es in der Lausitz auch verfestigte rechtsextreme Strukturen und immer wieder Übergriffe auf Migrant_innen – am Bekanntesten ist das Pogrom von Hoyerswerda im Jahr 1991 (Jänicke/Paul-Siewert 2019).

Der mit dem Kohleausstieg verbundene Strukturwandel und die im Rahmen der sogenannten Kohlekommission veranschlagten 18 Milliarden Euro bergen die Chance in sich, zu einer Erneuerung der Lausitz beizutragen. Denn es wächst die Einsicht in die Notwendigkeit, aus den Fehlern der Wende zu lernen und wesentlich stärker partizipative Elemente zu entwickeln. Dies könnte durch den *Fonds Zivilgesellschaft* auch institutionell abgesichert werden. Darüber hinaus besteht die Chance, alternative ökonomische Entwicklungsansätze zu forcieren, die auf weniger destruktive Formen der gesellschaftlichen Aneignung von Natur abzielen, da die Lausitz ohnehin schon sehr trocken ist, was auch ein Ausdruck der sich zuspitzenden Klimakrise ist.

Im Hinblick auf den Nährboden des Rechtspopulismus lassen sich zwei wesentliche Erkenntnisse und ein Lösungsansatz formulieren. Erstens zeigt sich, dass der grassierende Rechtspopulismus in der Lausitz auf ökonomische, politische *und* kulturelle Faktoren zurückzuführen ist. *Ökonomisch* hat zwar eine gewisse Konsolidierung stattgefunden, nichtsdestotrotz gehört die Lausitz zu den ärmsten Regionen Deutschlands. Ganz unabhängig von den individuellen Konsummöglichkeiten wurde die öffentliche Infrastruktur massiv abgebaut, was zu einem Gefühl der Deklassierung führt. *Politisch* haben seit der Wende nur bedingt Erneuerungsprozesse stattgefunden. Einerseits gibt es im Parteiensystem starke Kontinuitäten und Verkrustungen. Darüber hinaus hat nur eingeschränkt eine Aneignung von »Demokratie als Lebensform« (Negt) stattgefunden – dies hat auch wesentlich mit dem Wegzug der jungen Generation zu tun. *Kulturell* ist die Lausitz eine Region mit einer fragilen Identität, die sich mitunter durch die vielen Migrationsbewegungen erklären lässt, während die großindustriellen Strukturen (vor allem Kohle) vorwiegend für männliche Arbeiter identitätsstiftendes Moment war, das sich in den nächsten Jahrzehnten auflösen wird. Insofern ist die Lausitz eine verunsicherte, sozial und räumlich periphere Region, in der der Rechtspopulismus auf einen relativ fruchtbaren Boden fällt.

Zum zweiten zeigt sich, dass es für die Analyse des Rechtspopulismus von zentraler Bedeutung ist, die Tiefenstrukturen, Wissensbestände und Erfahrungshintergründe von Jahrzehnten oder Jahrhunderten zu reflektieren. Die Peripherisierungsprozesse durch die Aufteilungen und die diversen Verschiebungen zwischen Sachsen und Preußen, die Grenzziehung an der Neiße nach 1945 und die starke Orientierung Richtung Westen nach der Wende haben in Verbindung mit verschiedenen Migrationswellen (Zuwanderung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, Abwanderung der jungen, in der Tendenz höher Gebildeten nach der Wende) zu einer starken Verunsicherung der eigenen Identität geführt. Dies gilt besonders für den sorbischen Teil der Lausitzer Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund hat insbesondere die Kohle ein

besonders starkes identitätsstiftendes Moment, das im Zuge des Kohleausstiegs endgültig wegbrechen wird. Dies dürfte mit ein Grund dafür sein, warum so vehement darum gerungen wird und vielfach keine Bereitschaft da ist, auch nur über ein mögliches Ende der Kohle nachzudenken.

Im Hinblick auf mögliche Lösungsstrategien lässt sich festhalten, dass neue Partizipationsformate sehr stark in der Debatte sind und teilweise in der Lausitz schon praktiziert werden. Gleichwohl müsste es für einen erfolgreichen Strukturwandel auch darum gehen, die demokratische Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, seien es nun Schweinemastbetriebe, Windanlagen oder klassische Industriebetriebe, auszuweiten. Damit ginge es dann ganz grundsätzlich um die Frage, wie der Ausstieg aus der Kohle zugleich zu einem Einstieg in eine tiefgreifende sozial-ökologische Transformation werden kann.

Literatur

- Belina, Bernd (2017): Zur Geographie der Abstiegsgesellschaft. In: *PROKLA* 186 47(1): 97-104. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v47i186.181>.
- Biskamp, Floris (2019): Ökonomie ist kulturell, Kultur ist ökonomisch. In: *PROKLA* 196 49(3): 463-476. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v49i196.1833>.
- Böick, Markus / Goschler, Constantin (2017): *Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Treuhandanstalt*. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. DOI: <https://doi.org/10.13154/rub.103.92>.
- Borstel, Dierk (2012): Rechtsextremismus und Demokratieentwicklung in Ostdeutschland. Eine Zwischenbilanz nach zehn Jahren. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Deutsche Zustände: Folge 10*. Frankfurt/M.: 246-260.
- Bose, Sophie u.a. (2019): Braunkohleausstieg im Lausitzer Revier. Sichtweisen von Beschäftigten. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): *Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz*. Berlin: 89-112.
- Clemens, Petra (1993): Die »Letzten«. Arbeits- und Berufserfahrungen einer Generation Niederlausitzer Textilarbeiterinnen. In: Kocka, Jürgen (Hg.): *Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien*. Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. DOI: <https://doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1007>.
- Demirović, Alex (2018): Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. In: *PROKLA* 190 48(1): 27-42. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i190.30>.
- Dörre, Klaus u.a. (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. In: *Berliner Journal für Soziologie* 28(1/2): 55-89. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11609-018-0352-z>.
- Downing, Emma u.a. (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der »Identitätspolitik«. In: *PROKLA* 188 47(3): 411-420. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v47i188.69>.
- Eisheuer, Florian (2019): *Digitaler Bullshit. Das Internet beschleunigt die Verbreitung von Verschwörungsideologien*. In: *iz3w* 50(371): 27-27.
- Eversberg, Dennis (2018): Innerimperiale Kämpfe. In: *PROKLA* 190 48(1): 43-54. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i190.31>.
- Förtner, Maximilian u.a. (2019): Stadt, Land, AfD. Zur Produktion des Urbanen und des Ruralen im Prozess der Urbanisierung. In: *suburban* 7(1/2): 23-44. DOI: <https://doi.org/10.36900/suburban.v7i1/2.483>.

- Gabler, Julia u.a. (2016): *Wer kommt? Wer geht? Wer bleibt? Eine Studie zur Verbesserung der Verbleibchancen qualifizierter Frauen im Landkreis Görlitz*. Landratsamt Görlitz.
- Götze, Susanne (2019): Heimat, Boden & Natur: Warum die AfD für den Tierschutz, aber gegen die Energiewende ist. In: Walther, Eva / Isemann, Simon D. (Hg.): *Die AfD-psychologisch betrachtet*. Berlin: 81-103. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-25579-4>.
- Greib, Martina u.a. (2019): Struktur- und industriepolitische Alternativen für die Lausitz. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): *Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz*. Berlin: 13-67.
- Häfner, Daniel u.a. (2016): Pro Lausitzer Braunkohle vs. Ende Gelände. Eine erneute Annäherung an gesteuerte Bürgerinitiativen. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 29(3): 237-241. DOI: <https://doi.org/10.1515/fjsb-2016-0244>.
- Jacobsen, Heike / Winkler, Andrea (2011): *Gewinnerinnen und Verlierer. Strukturbrüche auf dem Arbeitsmarkt im Transformationsprozess am Beispiel der Stadt Cottbus – eine erste Analyse*. Lehrstuhl für Wirtschafts- und Industriosozologie, Brandenburgische Technische Universität.
- Jänicke, Christin / Paul-Siewert, Benjamin (2019): Einleitung: Historische Ausgangspunkte und Verortung einer Bewegung. In: Dies. (Hg.): *30 Jahre Antifa in Ostdeutschland*. Münster: 7-21.
- Kunze, Peter (2001): Geschichte und Kultur der Sorben in der Oberlausitz: ein kulturgeschichtlicher Abriß. In: Bahlcke, Joachim (Hg.): *Geschichte der Oberlausitz: Herrschaft, Gesellschaft und Kultur vom Mittelalter bis zum Ende des 20. Jahrhunderts*. Leipzig: 267-314. DOI: <https://doi.org/10.18447/BoZ-2002-381>.
- Manow, Philip (2018): *Die Politische Ökonomie des Populismus*. Berlin.
- Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Harfst, Philipp u.a. (Hg.): *Parties, Governments and Elites*. Wiesbaden: 9-23. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-17446-0>.
- Negt, Oskar (2010): *Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform*. Göttingen. DOI: <https://doi.org/10.4119/fs-2130>.
- Patzelt, Werner J. (2015): »Repräsentationslücken« im politischen System Deutschlands? Der Fall PEGIDA. In: *ZSE Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 13(1): 99-126. DOI: <https://doi.org/10.5771/1610-7780-2015-1-99>.
- Rucht, Dieter (2017): Rechtspopulismus als soziale Bewegung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30(2): 34-50. DOI: <https://doi.org/10.1515/fjsb-2017-0024>.
- Sauer, Dieter u.a. (2018): *Rechtspopulismus und Gewerkschaften: eine arbeitsweltliche Spurensuche*. Hamburg.
- Vallentin, Daniel u.a. (2016): *Lausitz im Wandel. Wie weiter nach der Kohle?* Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.
- von Lucke, Albrecht (2019): »Der Osten steht auf«: Die AfD als Führerpartei. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 64(8): 5-8.

Z. ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

2019
Z. 120: Geschlechterverhältnisse / Rechtspopulismus
Z. 119: Klimakrise II: Was tun im Treibhaus? / 1989 - das letzte Jahr der DDR / EU-Wahlen **Z. 118:** Hegemoniever-schiebungen in der Weltwirtschaft - Neue Konfliktfelder / Kapitalismustheorie **Z. 117:** Kontrollverlust? Krise der Parteien und sozialer Protest

2018
Z. 116: Neue Klassendiskussion **Z. 115:** Von der Novem-berrevolution zum „deutschen Oktober“ **Z. 114:** Klimakrise: Industriepolitik und Kapitalinteressen **Z. 113:** Marx 200: Arbeit und Ausbeutung

Z. erscheint vierteljährlich mit je 224 S. Abonnementpreis: 35 Euro (Ausland 43 Euro). Einzelheft: 10 Euro. Reduzierter Abopreis für Studierende (gegen Nachweis) 28 Euro (Ausland 36 Euro).

Bestellung: www.zme-net.de, Postfach 700346 60553 Frankfurt/M, E-Mail: redaktion@zme-net.de



express
 ZEITUNG FÜR
 SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &
 GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
www.express-afp.info
express-afp@online.de
 Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 1/20 u.a.:

- Torsten Bewernitz: »Die Gewerkschaft von morgen?« – Die IG Metall Mannheim stellt die Weichen auf »gesamthafes« Organizing
- »Betriebsversammlung auf Malle« – Interview mit Aktiven von chefduzen.de
- René Kluge: »Mitbestimmung bei der Personalbemesung?!« – Tipps für die Betriebsratsarbeit
- Romin Khan: »Kein wir ohne uns« – Diskussion über eine Quote für MigrantInnen auf dem ver.di-Bundeskongress
- »Macht mehr draus!« – Interview mit Jürgen Hinzler über die internationale Coca-Cola-Konferenz in Paris
- Slave Cubela: »Die rote oder die blaue Pille?« – Zu Genese und Kritik des Populismus
- »Im Schatten der Textilfabriken« – Arndt Dohmen im Interview über medizinische Versorgung in Bangladesch

Probieren?! Kostenfreies
 Exemplar per mail oder Telefon bestellen